

Augsburg, 14.12.2021

Pressemitteilung

Bürgerliche Mitte: „Solarpflicht ist nichts weiter als Augsburger Aktionismus“

Die Bürgerliche Mitte im Augsburger Stadtrat lehnt die von Umweltreferent Reiner Erben (Grüne) geplante Solarpflicht auf Augsburger Dächern als „puren Aktionismus“ ab. Hintergrund sei, dass die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien vereinbart hat. „Hier jetzt in Augsburg eine eigene Agenda zu verfolgen, spart kein einziges Gramm CO₂ ein, verursacht aber enorme Kosten für Bauherren, Investoren und Mieter“, so Stadtrat Lars Vollmar (FDP), der für die Fraktion im Umweltausschuss sitzt. Insofern dient der Vorschlag aus Sicht der aus Freien Wählern, FDP und Pro Augsburg gebildeten Fraktion vor allem dazu, die kommunale Klimabilanz der Stadt Augsburg auf dem Papier zu verbessern.

Lars Vollmar: „Im neuesten Bericht seiner eigenen Verwaltung kann der Umweltreferent nachlesen, dass vor allem, *die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene* für den schleppenden Ausbau der Solarenergie in Augsburg verantwortlich sind. Die Menschen jetzt zu etwas zu zwingen, was sich wegen des bürokratischen Irrsinns nicht rechnet, ist purer Aktionismus und Ausdruck von politischer Ratlosigkeit.“

Den Mitgliedern der Fraktion Bürgerliche Mitte ist klar, dass Solarstrom für eine saubere Energieversorgung in Zukunft unerlässlich ist. Sie wollen die Pflicht deswegen darauf beschränken, dass neue Gebäude – z.B. was die Tragfähigkeit des Dachs oder eine entsprechende Verkabelung anbelangt – so geplant und gebaut werden müssen, dass Solarzellen und Ladestellen für Elektrofahrzeuge später einfach nachgerüstet werden können. So gehe keine Zeit verloren, bis die neue Bundesregierung ihren Solar-Aktionsplan umgesetzt habe.